

Internationales Institut
Liberales Politik Wien



Sozialwissenschaftliche
Schriftenreihe

Internationales Institut
Liberales Politik Wien

Wird der Westen auch weiterhin die Vorgaben für die künftige Gestaltung der Weltwirtschaft geben können?

von
Urs Schöttli

**Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe
Reihe Studien**

Wien, August 2009

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

**Wird der Westen auch weiterhin die Vorgaben für die
künftige Gestaltung der Weltwirtschaft geben können?**

von
Urs Schoettli



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Board internationaler Konsulenten

Prof. Dr. Hüseyin Bağcı, Middle East Technical University, Ankara

Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien

Dr. Gottlieb F. Hoepli, Chefredaktor, St. Gallen

Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heimo Hofmeister, Universität Heidelberg

Prof. Dr. Bo Huldt, National Defence College Försvarshögskolan (HS), Schweden

Dir. Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Linz

Prof. Dr. Stefan Pickl, Universität der Bundeswehr München

Prof. Dr. Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Universität Mannheim und
Universität Heidelberg

Dr. Urs Schöttli, Korrespondent, Tokio - Hongkong

Prof. Dr. Peter W. Schulze, Universität Göttingen

Prof. Dr. Andrei V. Zagorski, MGIMO, Moskauer staatliches Institut für internationale
Beziehungen

Impressum

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für Liberale Politik Wien

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter

Alle: A-1030 Wien, Custozzagasse 8/2

Wien, August 2009

Gesamtherstellung: IILP

ISBN 978-3-902595-31-7

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für politische Grundlagenforschung
1983 gegründet und 1988 eingestellt.

Sie wird seit 2006 vom Internationalen Institut für Liberale Politik Wien weitergeführt.

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Urs Schoettli

Wird der Westen auch weiterhin die Vorgaben für die künftige Gestaltung der Weltwirtschaft geben können?	3
I. Hintergrund	3
II. Der Westen im Zenith	4
III. Der Westen im Abstieg	5
IV. Asiens Achillesferse	6
V. Vor neuen globalen Gewichtsverhältnissen	8
Fazit	11
 Bisher erschienen	 12



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Dr. Urs Schoettli,

geboren 1948 in Basel. Philosophiestudium an der Universität Basel.

1978 bis 1982 Generalsekretär der Liberalen Internationalen in London, danach bis 1991 Geschäftsführender Vizepräsident.

1983 bis 1989 Südasienkorrespondent der NZZ in Delhi.

1990 bis 1995 Iberien-Repräsentant der deutschen Friedrich-Naumann-Stiftung, erst in Madrid und danach in Sintra, Portugal.

Von 1993 bis 1995 ehrenamtlicher Sekretär der Großeuropakommission.

1996 Rückkehr zur NZZ, dort bis 1999 Korrespondent in Hongkong, danach von

1999 bis 2002 Fernostkorrespondent in Tokio,

2002 bis 2007 China-Korrespondent in Peking.

Seit 2007 wieder Fernostkorrespondent mit Sitz in Tokyo.

Mitglied des Vorstands der Max Schmidheiny-Stiftung.

Wird der Westen auch weiterhin die Vorgaben für die künftige Gestaltung der Weltwirtschaft geben können?

Die derzeitige weltweit wirksame Finanz- und Wirtschaftskrise hat in den USA, namentlich in deren Finanz- und Bankensektor ihren Ausgang genommen und sich unerwartet rasch und unerwartet breitflächig um den ganzen Erdball ausgebreitet. Eines der ersten Opfer des Krisenverlaufs war die Theorie vom „decoupling“ (von der Abkoppelung). Diese vor allem von vielen Globalisierungsadvokaten verfochtene Theorie besagte, dass vor allem Asien und dort die aufstrebenden Volkswirtschaften eine so starke wirtschaftliche Eigendynamik entwickelt hätten, dass bei einem wirtschaftlichen Abschwung in den westlichen Industriestaaten diese Länder nur sehr marginal betroffen sein würden, ja dass sie gar zu einem Motor für die Wiederankurbelung der Weltkonjunktur werden könnten. Daraus erklärte sich auch, dass als einer der Vorzüge der Globalisierung die Minderung der Chancen, dass es wieder einmal zu einer globalen Rezession oder gar Depression kommen würde, gepriesen wurde.

Wie wir in den letzten Monaten nur allzu schmerzlich haben zur Kenntnis nehmen müssen, gibt es dieses „decoupling“ nicht. Auch die asiatischen Volkswirtschaften, sogar jene der Volksrepublik China, werden durch die aus den USA ausgegangene Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen.

Ganz hart hat die Krise zudem auf die sehr exportabhängigen Volkswirtschaften Japans,

Südkoreas und einiger südostasiatischer „Tigerstaaten“ durchgeschlagen. Erheblich weniger betroffen davon ist indessen Indien, das seine Volkswirtschaft nie in dem Maße geöffnet und liberalisiert hat, wie dies die anderen aufstrebenden asiatischen Mächte getan haben, wofür denn auch Delhi häufig von den Globalisierungsadvokaten scharf kritisiert wurde.

Als die Weltwirtschaft noch voll im Schwunge und die Welt teils mit Erstaunen und Bewunderung, teils mit Furcht auf die Dynamik in China und Indien schaute, gab es viele Stimmen, die das 21. Jahrhundert zum asiatischen Jahrhundert erklärten. Heute stellt sich die Frage, ob diese Prognose verfrüht war und ob sie nun, nach dem Geschehen der vergangenen zwölf bis fünfzehn Monate, ganz über Bord geworfen werden muss. Es sei gleich zu Beginn dieser Ausführungen eine Antwort auf diese Frage gegeben:

Dass das 21. Jahrhundert zu einem asiatischen Jahrhundert wird, ja dies bis zu einem gewissen Grade bereits ist, wird durch die derzeitige Krise nicht beeinträchtigt, ja es ist sogar so, dass die Krise die Entwicklungen in Richtung asiatisches Jahrhundert noch unterstützen und beschleunigen wird.

Die vorliegende Studie soll die Begründung für diese Prognose liefern.

I. Hintergrund

Die derzeitige Krise hat einmal mehr bloßgelegt, wie gefährlich es auch in scheinbar so gegenwartsbezogenen Disziplinen wie der Nationalökonomie ist, die Kenntnis der Geschichte und die sich daraus ergebenden Lehren auszuklamern. Es kann wahrscheinlich sogar behauptet werden, dass bei einem ausreichenden Kenntnisstand über geschichtliche Zusammenhänge unter den Hauptakteuren an den internationalen Finanzplätzen der Aufbau einer so gefährlichen Spekulationsblase, deren Platzen den Ausbruch der Krise ausgelöst hatte, hätte vermieden werden können.

Die Fundamente der modernen Volkswirtschaft, der Industriegesellschaft wurden im Westen geschaffen.

Es gehört zum Verlauf der Weltgeschichte der letzten zweihundert Jahre, dass, als die wichtigsten asiatischen Mächte, Indien und China, in eine Phase der Dekadenz eintraten, sich Europa ins Industriezeitalter aufmachte. Zweifellos hat die frühe Industrialisierung insbesondere in Groß-

britannien auch die Ausbreitung des britischen Imperiums befördert. Im 19. Jahrhundert waren es denn auch die Europäer, welche die industrielle Fertigung nach Indien und China brachten. **Die wirtschaftliche Blütezeit Chinas und Indiens**, als diese beiden Völker im 18. Jahrhundert über die Hälfte der Wertschöpfung in der damaligen Weltwirtschaft beisteuerten, war **vorindustriell** gewesen.

Dass **Japan** am Ende des 19. Jahrhunderts zu den westlichen Industriemächten aufschließen, sich zum ersten asiatischen Nationalstaat im europäischen Sinne und schließlich zum dominanten Imperium in Ostasien aufschwingen konnte, war ausschließlich der Meiji Restauration zuzuschreiben, als Japans Eliten zielgerichtet die **zivilisatorischen Errungenschaften aus Europa** (von der englischen Flottenorganisation bis zum deutschen Strafrecht) **importierten**.

Die **Marktwirtschaft** in all ihren Formen sowie der **Kapitalismus** haben zwar ihre **Ursprünge**

bereits in der vorindustriellen Gesellschaft, kamen indessen erst nach der industriellen Revolution zum Blühen. So, wie sie gemäß dem heutigen Verständnis gesehen werden, sind sie **Schöpfungen des Westens**. Die asiatischen Gesellschaften kannten in ihrer Feudalzeit zwar ebenfalls Märkte und das Arbeiten mit Kapital, doch waren diese nach den Strukturen des traditionellen Basars und des traditionellen Geldverleihs organisiert gewesen. Daraus folgt, dass in der Debatte über die künftige Stellung des Westens in der Weltwirtschaft und der möglichen Erosion der westlichen Wertevorstellungen durch asiatische, es keinen Sinn macht, sich über den Ursprung und damit über das Wesen von Marktwirtschaft und Kapitalismus zu streiten.

Im Wesentlichen geht es um die Eruierung von spezifisch asiatischen Ausformungen und Modifikationen von Marktwirtschaft und Kapitalismus, die in der Zukunft die Welt dominieren könnten.

Geschichte ist bekanntlich nicht nur eine Aneinanderreihung von Ereignissen, von nüchternen Daten und Fakten. Dies mag im idealen Falle für die Geschichtswissenschaft gelten. Geschichte ist jedoch sehr stark emotional geladen, wird von Mythen und allerlei Überhöhungen und Verdrängungen geprägt. **In einem gewissen Maße ist Geschichte die weltliche Religion für den Nationalstaat.** Daraus folgt, dass eine Besinnung auf die Geschichte, wie wir sie auch für die Evaluierung der künftigen weltwirtschaftlichen Entwicklungen postulieren, sich auch mit den Verhängnissen und Verletzungen von Völkern und Kulturen befassen muss.

Aus asiatischer Sicht müssen die vergangenen zwei Jahrhunderte so erscheinen, als

sei der Westen auf Kosten Asiens reich und Asien aus Selbstverschulden, aber wesentlich auch wegen der externen Übergriffe der westlichen imperialistischen Mächte arm geworden ist.

Diese Sicht, die teilweise berechtigt ist, hat natürlich tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis der betroffenen Völker hinterlassen. Im Falle Indiens ist die negative Sicht der Briten mit dem weitgehenden Ausscheiden der Unabhängigkeitsgeneration aus Positionen der politischen Verantwortung sowie mit dem Ende der Sowjetunion, die Delhi lange Zeit als Gegenpol zum Westen gedient hatte, marginalisiert worden. Demgegenüber sind in China, gefördert auch durch den stark zensurierten staatlichen Geschichtsunterricht, die Erinnerungen an die Erniedrigungen durch die westlichen Mächte („ungleiche Verträge“, Opiumkriege, Niederschlagung des Boxer-Aufstands, Beschlüsse der Versailler Friedenskonferenz zum Transfer von deutschen Besitzungen in China an Japan) voll präsent. Bei Bedarf können die Ressentiments mobilisiert werden (beispielsweise anti-amerikanische Proteste nach dem Beschuss der chinesischen Botschaft in Belgrad durch amerikanische Raketen oder bei der Notlandung eines amerikanischen Spionageflugzeugs auf der südchinesischen Insel Hainan).

Zur Erniedrigung hinzu kam natürlich auch die Selbstverständlichkeit, mit welcher der Westen seinen eigenen Weg in die Moderne als vorbildhaft für die ganze Welt betrachtet und dementsprechend propagiert hat. Dass Japan mit der Meiji Restauration diesen Weg wählte, sollte den Westen noch zusätzlich in seiner Gewissheit bestärken, dass es zu seiner Industrialisierung keine Alternative gibt.

II. Der Westen im Zenith

Es gehört zum Wesen der Geschichte, dass beim Eintreten von Zäsuren die Wirkungen in ihrer vollen Komplexität erst im Nachhinein erkannt und beurteilt werden können. So verhielt es sich auch mit dem Fall der Berliner Mauer, dem Ende des Ostblocks und dem Zerfall der Sowjetunion.

1989 und danach sah es für die Zeitgenossen so aus, dass der Westen den Kalten Krieg durchschlagend zu seinen Gunsten entschieden hatte. Der Westen stand im Zenith und es begann nun eine Phase der Globalisierung, die ausschließlich auf den Erfolg eines sehr begrenzten Modells von Marktwirtschaft und Kapitalismus, des angelsächsischen nämlich, setzte.

Seit 2007 erlebt die Welt das Trauma, dass dieser Sieg nicht das Ende der Geschichte brachte und

dass er nicht auf alle Zeiten hinaus hat Bestand haben können. Da die Alternative zum Westen, die kommunistische Staatswirtschaft so gründlich versagt hat und vor allem nach dem Ende der Sowjetunion so tief in der Versenkung verschwunden war, konnte sich leicht der Eindruck festsetzen, dass man nun nicht mehr mit Rückschlägen oder gar Anfechtungen zu rechnen haben werde. Im Nachhinein lässt sich feststellen, dass die Vorhersage über das definitive Ende des Sowjetmodells zwar richtig war, dass aber die Erwartungen über die abschließende Erfolgsträchtigkeit des westlichen Modells sich als trügerisch erwiesen.

Weniger als zwei Jahrzehnte hat die Phase gedauert, da die Globalisierung nach den Vorgaben der angelsächsischen Welt gestaltet werden konnte.

Vernichtender und verheerender als erwartet hat sich der überraschende Kollaps dieses Modells erwiesen. Wie beim Kollaps des Sowjetmodells, so wird wohl auch hier die Diskreditierung der bislang geltenden Maximen endgültig sein. Es werden sich die Marktwirtschaft und der Kapitalismus zweifellos von den Rückschlägen der vergangenen Monate wieder erholen, doch die Strukturen und die Rahmenbedingungen, auf denen die neue Ordnung aufgebaut wird, werden ganz anders sein.

Dass die Welt auf dem Weg zu einer neuen Ordnung ist, kann wohl kaum bestritten werden. Unklar ist jedoch noch, wohin dieser Weg führen wird und welche Hürden zu überwinden sein werden. Fest steht, dass der Westen (insbesondere die angelsächsische Welt) mit den umfassenden Staatseingriffen und den billionenschweren Finanzinterventionen sein eigenes Modell der Globalisierung ein für allemal diskreditiert hat.

III. Der Westen im Abstieg

Bereits vor dem Ausbruch der derzeitigen Krise hatte es **asiatische Widerstände gegen die angelsächsisch geprägte Globalisierung gegeben**. Die angelsächsischen Medien mit globaler Reichweite, welche die intellektuelle Speerspitze dieses Globalisierungsenthusiasmus bildeten, ließen denn auch nicht locker, diese asiatischen Widerstände zu kritisieren. Diese waren in der Sicht dieser Medien nichts anderes als die zum Scheitern verurteilten Versuche, sich einem unabwendbaren Trend zu entziehen.

Vor dem Ausbruch der Krise hatten sich die asiatischen Widerstände im Wesentlichen auf vier Weisen manifestiert:

- o Zunächst gab es die Debatte um die so genannten „**asiatischen Werte**“. Politiker wie der damalige malaysische Ministerpräsident Mohammad Mahathir vertraten die Meinung, dass einem dekadenten westlichen Wertesystem die Alternative eines konfuzianisch geprägten Wertekatalogs entgegen zu stellen sei. Aus der Sicht des Westens ging es dabei vor allem um politische Anliegen, die manche im Westen als unverhüllte Verteidigung eines autoritären Staatsverständnisses nach Vorbild Singapurs sahen. In Tat und Wahrheit ging es dabei aber auch um wirtschaftspolitische Vorstellungen.
- o Die **Indische Union** hatte nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1947 über rund vier Jahrzehnte hinweg eine von sozialistischen und protektionistischen Prinzipien geprägte Wirtschaftspolitik betrieben („commanding height of the state“, Imports substitution). Indien wurde dafür vom Westen scharf kritisiert und von vielen ohne Wenn und Aber ins Lager der mit ihm befreundeten Sowjetunion gestellt. Anfang der neunziger Jahre begann sich auch Indien zu öffnen, allerdings wurde dieser Kurswechsel vom Westen als zu

zaghaft und zu spät kritisiert. Doch, wie sich heute herausstellen sollte, ging Delhi richtigerweise nicht auf die internationalen Druckversuche ein und wahrte weitgehend seinen eigenen Weg.

- o Die **Volksrepublik China** und ihre wirtschaftliche Erfolgsstory tauchen natürlich immer auf, wenn vom Anbruch des neuen Zeitalters der Globalisierung die Rede ist. Ohne Zweifel kann gelten, dass die von Deng Xiaoping angestoßenen Reformen und die Rückkehr Chinas in die Weltwirtschaft die prägenden Ereignisse der vergangenen zwei Jahrzehnte gewesen sind. Über allem China-Enthusiasmus darf indessen nicht vergessen werden, dass die Volksrepublik die Modernisierung ihrer Wirtschaft unter dem strikten Regime eines kommunistischen Einparteiensystems umsetzte. Auch wenn der Anteil des privat erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts massiv gestiegen ist und auch wenn China in manchen Wirtschaftsbereichen kapitalistische und marktwirtschaftliche Prinzipien und Vorgehensweisen implementiert hat, so gilt auch weiterhin der für ein kommunistisches Regime typische Primat der Politik. Zudem ist zu bedenken, dass China in den wichtigen Bereichen des Finanzwesens und der Währungspolitik bis heute nicht vom staatlich kontrollierten Regime Abschied genommen hat.
- o **Japan** schließlich zog sich immer wieder die Kritik westlicher Wirtschaftsexperten zu, entweder weil es bei der Aufarbeitung der 1989 geplatzten Spekulationsblase nicht mit den aus westlicher Sicht nötigen Reformen durchgriff, oder weil es sich weigerte, wichtige Elemente des angelsächsisch geprägten Kapitalismus zu übernehmen. Man denke in diesem Zusammenhang an die Resistenz gegenüber aggressiven ausländischen Investoren, insbesondere Hedge Funds, oder an die

Dominanz der institutionellen einheimischen Investoren. Die japanischen Unternehmen hatten sich zwar in den neunziger Jahren kräftig modernisiert, doch wurden weiterhin beim Besitzstand und bei der Unternehmenspolitik viele typisch japanische Werte und Vorgehensweisen beibehalten und die global wirksamen angelsächsischen Trends nicht übernommen.

Die so genannte „Asienkrise“ von 1997/98 sollte eine weitere Zäsur für die ohnehin schon delikaten Beziehungen zwischen Asien und dem Westen bringen. Hauptbetroffene der „Asienkrise“ waren die ostasiatischen „Tigerstaaten“, derweil sich die Großen, Japan, Indien und China, weitgehend heraus halten konnten.

Es kann aus der Retrospektive nicht verneint werden, dass die „Asienkrise“ durch westliche Investoren und Spekulanten, vor allem aber durch die beiden westlich dominierten Institute, die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds, kräftig verschlimmert worden ist.

Natürlich gab es zahlreiche strukturelle Unzulänglichkeiten und gravierende politische Fehlentscheide in den betroffenen asiatischen Ländern. Doch reichen diese nicht aus, um das volle Ausmaß der „Asienkrise“ zu erklären. **Der Westen befand sich damals auf dem hohen Ross** und diktierte den betroffenen asiatischen Ländern strukturpolitische Maßnahmen, welche die Krise eindeutig noch verschärften. Die betroffenen asiatischen Länder mussten *molens volens* sich den wirtschaftspolitischen Vorstellungen insbesondere des IWF beugen. Einige dieser Reformen liegen bezeichnenderweise auch der

Krise zugrunde, in welcher sich einige asiatische Länder heute befinden. Man denke etwa an die Obsession, hohe Devisenreserven anzuhäufen, um gegenüber ausländischen Spekulanten besser gewappnet zu sein.

Es ist klar, dass die verhängnisvolle Rolle des Westens in der „Asienkrise“ auch heute noch in Asien unvergessen ist. Unter anderem zeigte sich dies auch jedes Mal, wenn die USA in den vergangenen Jahren Peking zu einer Aufwertung des Yuan Renmimbi zu drängen suchten.

In Asien wird aufmerksam verfolgt, wie der Westen, insbesondere die USA und Großbritannien, mit der derzeitigen Krise umgehen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass nicht nur die Schwere der Krise, sondern auch die Rezepte, die zu deren bisher weitgehend erfolglosen Überwindung eingesetzt werden, das Ansehen des Westens in Asien massiv und höchstwahrscheinlich dauerhaft beschädigt haben. **Der Westen**, insbesondere die angelsächsische Welt, hat vor der Weltöffentlichkeit **seine Werte verraten** und damit jede Glaubwürdigkeit, ihr Globalisierungsmodell weiterhin zu propagieren, verloren.

Wie immer die Krise ausgehen wird, der Westen hat einen Gesichtverlust erlitten, welcher dem Imageverlust des Sozialismus nach dem Kollaps der UdSSR und des Ostblocks um nichts nachsteht.

Ob und wie sich diesem Gesichtverlust auch ein ebenso gravierender Verlust an Macht und Einfluss beigegeben wird, soll im zweiten Teil dieser Studie untersucht werden.

IV. Asiens Achillesfersen

Bevor wir jetzt in einen Asienenthusiasmus verfallen und ohne Einschränkungen den triumphalen Anbruch des asiatischen Jahrhunderts verkünden, gilt es allerdings auch einige Risiken in Asien zu betrachten. Wir haben bereits festgestellt, dass sich die These vom „decoupling“ (Abkoppelung) als falsch herausgestellt hat. Die Krise ist global und hinterlässt auch in Asien kräftige Spuren.

Die Frage stellt sich, in welchem Maße die asiatischen Volkswirtschaften Opfer von globalen Trends geworden sind und in welchem Maße die derzeitigen Erschütterungen ihrer Volkswirtschaften auch hausgemachte Ursachen haben. Zunächst ist festzustellen, dass an den Fehlentwicklungen,

welche die Krise in den USA zum Ausbruch brachten, die Asiaten keinen Anteil hatten. Es erscheint dies offenkundig, doch hat man gerade in angelsächsischen Medien immer wieder die Behauptung gefunden, dass China mit seinen billigen Massenexporten Mitschuld an der gewaltigen Überschuldung der amerikanischen Haushalte trage. Die armen Konsumenten seien quasi durch das verlockende Überangebot an Waren zu unvernünftigem Handeln motiviert worden. Dies ist natürlich Unsinn und widerspricht sehr eklatant jedem marktwirtschaftlichen Denken.

Ernsthafter war und ist der Vorwurf Washingtons, dass sich China durch eine künstliche

Tiefhaltung des Außenwerts seiner Währung unfaire Vorteile verschafft und damit maßgeblich zu einer ungesunden Entwicklung der internationalen Handels- und Zahlungsbilanzverhältnisse beigetragen habe. Nur wird dieser Vorwurf insofern relativiert, als die USA ja schon immer wussten, dass sie es im Falle Chinas mit einem kommunistischen Regime zu tun hatten.

Schließlich ist festzustellen, dass die Asiaten von der Geschwindigkeit, mit der sich die Krise um die Welt ausbreitete, und vor allem von dem raschen Übergang der Krise vom Finanzsektor auf praktisch alle Bereiche der Realwirtschaft überrumpelt worden sind.

Doch darüber hinaus gilt es auch den Blick auf ein paar hausgemachte Faktoren zu lenken, welche die Anfälligkeit mehrerer asiatischer Volkswirtschaften für die Krise verstärkt haben. Zuvörderst ist hier die **hohe, exzessive Exportabhängigkeit der ostasiatischen Volkswirtschaften** zu nennen. Teils mit Neid, teils aus Furcht sind in den vergangenen Jahren in der westlichen Öffentlichkeit immer wieder die hohen Devisenreserven und die riesigen Außenhandels- und Zahlungsbilanzüberschüsse mehrerer asiatischer Länder, allen voran natürlich die Volksrepublik China, Japan und Südkorea, kritisiert worden. Das Gespenst einer neuen „gelben Gefahr“, in welcher die Chinesen dank Billigproduktion dem Westen die Jobs stehlen, machte die Runde.

Zunächst muss es hier einmal darum gehen, ein paar Fakten zum neuen asiatischen Reichtum klarzustellen.

- o Die Anhäufung von hohen Außenhandels- und Zahlungsbilanzüberschüssen sowie von riesigen Devisenreserven war eine Reaktion auf die Verletzlichkeiten, welche die Asiaten während der „Asienkrise“ von 1997/98 so drastisch erfahren müssen. Man wollte nie mehr in die Situation geraten, dass mangels eigener Ressourcen internationale Spekulanten und fremde Vögte wie der IMF das Sagen haben sollten.
- o Nach dem Steinzeitkommunismus von Mao Zedong hatte China keine andere Option, als durch die Förderung von ausländischen Direktinvestitionen und durch die Förderung der Exportwirtschaft wieder auf die Beine zu kommen. Dass sich der Exportmotor so beschleunigen würde, wie dies in den vergangenen fünfzehn Jahren der Fall gewesen war, konnte der große Reformator Deng Xiaoping natürlich nicht vorhersehen.

- o Im Falle Japans und Südkoreas waren und sind offensichtlich die Binnenmärkte für eine Industrie, die im globalen Wettbewerb erfolgreich bestehen will, viel zu klein.
- o Der Westen, ja die ganze Welt profitierte von den beispiellosen Produktivitätssteigerungen, zu welchen die asiatischen Wirtschaftswunder der Weltwirtschaft verhalfen. Es darf nicht vergessen werden, dass die Billigimporte aus China und Indien in den westlichen Industriestaaten eine Expansion des Konsums ermöglichten, ohne dass es dadurch zu dem sonst üblichen inflationären Auftrieb kam.
- o Schließlich ist nochmals in Erinnerung zu rufen, dass die Krise in den USA durch hausgemachte Ursachen und nicht durch die Devisenreserven Chinas oder die Außenhandelsüberschüsse Japans und Südkoreas ausgelöst wurde.

Wo sind nun die wichtigsten asiatischen **Achillesfersen** auszumachen?

Die externen Verletzlichkeiten der asiatischen Volkswirtschaften werden durch interne, nationale Strukturschwächen und durch regionale Defizite akzentuiert.

Jedermann wird anerkennen, dass vor allem China und Japan den Binnenkonsum stärken und damit die Exportabhängigkeit ihrer Volkswirtschaft signifikant reduzieren müssen. Im Falle Chinas steht einem solchen Vorhaben indessen die sehr geringe Kaufkraft der großen Masse der Bevölkerung entgegen. Es wird immer wieder vergessen, dass die Volksrepublik beim Pro-Kopf-Einkommen nach wie vor ein armes Entwicklungsland ist. Im Falle Japans steht einer Expansion des Binnenkonsums die fatale demografische Entwicklung der vergangenen zwei Jahrzehnte entgegen. Japan, dessen Überalterung sich beschleunigt, ist unter den Industriestaaten derjenige mit der ungesundesten Bevölkerungspyramide.

Schließlich verfügt Asien vorderhand nicht über die Option, durch regionale Synergien den einzelnen nationalen Volkswirtschaften Auftrieb zu geben, wie dies im Falle Europas geschehen ist. ASEAN ist nach wie vor ein sehr schwaches Gebilde. APEC ist bisher nicht über die Funktion eines Gesprächsforums heraus gekommen. In Ostasien ist aus komplexen historischen Gründen noch auf weite Sicht hinaus nicht einmal an eine sehr rudimentäre regionale Zusammenarbeit zu denken. Die Erstarkung Chinas und die Stagnation, wenn nicht gar Schwäche Japans werden solche Entwicklungen noch zusätzlich erschweren.

V. Vor neuen globalen Gewichtsverhältnissen?

Zunächst ist die Frage zu klären, **ob es für den Westen überhaupt wichtig ist, in der Weltwirtschaft die Federführung zu behalten.** In gewissem Maße müssen bei der Beantwortung dieser Frage viele liebgewordene Gewohnheiten aufgegeben werden.

Über den größten Teil der Weltgeschichte hinweg waren es nicht westliche Mächte, die den Ton angaben. Andererseits kann natürlich gelten, dass es in früheren Zeiten nichts mit der modernen arbeitsteiligen Weltwirtschaft Vergleichbares gegeben hat. Da diese von der Industrialisierung, dem internationalen Handel und einem global ausgreifenden Finanzsystem geprägt wird und da diese Instrumente im Westen entstanden sind, kann natürlich die berechtigte Frage gelten, ob eine andere Macht denn der Westen, namentlich die USA, in der heutigen Weltwirtschaft eine Führungsrolle einnehmen kann.

In der Tat findet sich heute keine asiatische Macht, die in die Fußstapfen der USA treten könnte – auch die neue Weltmacht China nicht!

Dabei muss man durchaus nicht nur an die militärischen Kräfteverhältnisse denken. **Bei Fundamenten, die für das Funktionieren einer modernen Weltwirtschaft unerlässlich sind, erfüllt die Volksrepublik China schlicht die Voraussetzungen nicht.** China hat bei der Modernisierung seiner Rechtsordnung in den vergangenen zehn Jahren wichtige Fortschritte gemacht (unter anderem den Rechtsschutz für rechtmäßig erworbenes Privateigentum eingeführt). Dennoch gibt es in China noch immer keine rechtsstaatliche Ordnung. Nun mag man einwenden, dass eine solche für eine florierende Wirtschaft nicht nötig sei, hat doch die Volksrepublik ohne den Rechtsstaat ihre gewaltigen wirtschaftlichen Fortschritte realisiert. Bei einer Führungsrolle in der Weltwirtschaft, wie diese bisher von den USA wahrgenommen worden ist, kann es indessen ohne Rechtsstaatlichkeit nicht gehen.

Von unmittelbarer ökonomischer Bedeutung ist, dass China keinen transparenten Finanzsektor besitzt und dass selbst bei den großen börsennotierten Unternehmen es an „due diligence“ fehlt. Man kann einwenden, dass der Verlauf der derzeitigen Krise ebenfalls gravierende Mängel im amerikanischen Finanzsektor offen gelegt habe. Doch war es schließlich die Existenz von politischen und institutionellen Gegengewichten,

welche die Auseinandersetzung mit der Krise in Gang brachte. Schließlich verfügt China auf eigenen Wunsch über keine konvertible Währung.

China hat ohne Zweifel bei seiner beispiellosen wirtschaftlichen Renaissance von der bestehenden weltwirtschaftlichen Ordnung profitiert. Diese war und ist im Wesentlichen eine Schöpfung des Westens. Ohne internationalen Handel, ohne ein funktionierendes internationales Finanzsystem und ohne abnahmebereite Märkte in den westlichen Industriestaaten hätte China nie den bemerkenswerten Sprung in die Moderne schaffen können.

Man kann in diesem Zusammenhang der **Volksrepublik China** natürlich zum Vorwurf machen, dass sie bisher nicht in ausreichendem Maße jenen Beitrag zum Funktionieren der Weltwirtschaft geleistet hat, welcher dem Profit, den sie aus dieser gezogen hat, entsprechen würde. Andererseits ist ins Feld zu führen, dass bisher auch noch nicht die Institutionen und Instrumente bestehen, die eine solche Mitwirkung ermöglichen würden. Eine Präsenz am Nebentisch der G-8 ist jedenfalls keine akzeptable Option.

Die jüngste schwere Krise hat der Welt deutlich gemacht, dass es ohne neue Institutionen keine nachhaltige Genesung der Weltwirtschaft geben kann.

Die seit dem zweiten Halbjahr 2008 erkennbare **Bedeutungssteigerung der Gruppe der G-20** ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Wie werden sich aber in der absehbaren Zukunft die Gewichte und Einflüsse in der Weltwirtschaft verteilen? Es bezieht sich diese Frage auf zwei Herausforderungen:

- o Erstens handelt es sich um eine Machtfrage, um die Frage nach der ökonomischen Potenz. Hat sich hier etwas Entscheidendes verändert und wie verteilt sich diese in Dollar und Cents zu berechnende ökonomische Potenz?
- o Zweitens handelt es sich um die Frage nach der politischen Gestaltung. Wird die westlich geprägte Ideologie, werden die westlich geprägten Konzepte von der Weltwirtschaft durch neue Werte ersetzt werden? Mit anderen Worten: haben die asiatischen Werte durch die Krise an Gewicht gewonnen oder ist genau das Gegenteil eingetroffen, indem alle Volkswirtschaften im gleichen Boot sitzen?

Zunächst ist es beim Versuch, auf diese Fragen Antworten zu geben, nötig, sich darüber klar zu werden, **wer die wichtigsten Akteure in der Weltwirtschaft sind**. An der Spitze stehen, zwar schwer angeschlagen, nach wie vor die USA; danach folgt, zwar ebenfalls nicht in bester Form, die Europäische Union; an dritter Stelle steht, ebenfalls schwer angeschlagen, Japan; danach kommt die Volksrepublik China; schließlich folgen die restlichen BRIC-Länder, nämlich Brasilien, Russland und Indien. Darüber hinaus gibt es mit dem ressourcenreichen Mittleren Osten einen weltwirtschaftlich wichtigen Faktor, der jedoch nicht die Kraft für eine konstruktive Beeinflussung der Machtverhältnisse in der Welt besitzt, sondern primär eine disruptive Potenz besitzt.

Blickt man etwas genauer auf die einzelnen Akteure, so wird man zunächst klarstellen müssen, dass eine Bewertung von deren Potenzen nicht allein ein Ergebnis von Bruttoinlandsprodukt, Wirtschaftswachstum und Pro-Kopf-Einkommen sein kann. Ein Land kann in all diesen Aspekten sehr reich sein und gleichzeitig für die Machtverteilung in der Welt belanglos sein. Man denke etwa an die Schweiz.

Neben wirtschaftlichen Faktoren sind deshalb auch militärische und sicherheitspolitische, sowie politische und gesellschaftliche Faktoren in die Kalkulation einzubeziehen.

Die **USA** sind als Finanzmacht schwer angeschlagen und ihre währungspolitische Aktionsfähigkeit ist in einem Maße eingeschränkt wie kaum je zuvor. Zugleich sind sie aber weiterhin die bei weitem stärkste Wirtschaftsmacht der Welt. Sie sind ferner die einzige Supermacht und verfügen über ein militärisches Arsenal, das in der Weltgeschichte einmalig ist und dem kein anderes Land, auch nicht eine Allianz mehrerer Länder, etwas auch nur im entferntesten Vergleichbares entgegensetzen hat. Da Wirtschaft, wie bei der Energie- und Rohstoffzufuhr erkennbar, stets auch etwas mit der Fähigkeit zu tun hat, seinen Interessen nötigenfalls mit Gewalt zum Durchbruch zu verhelfen, ist die Stellung der USA als unangefochtene Nummer eins in der Welt eindeutig. Zudem haben die Vereinigten Staaten ein politisches System von hoher Stabilität und eine Bevölkerung, die in jeder Hinsicht über große Flexibilität verfügt.

Die **Europäische Union** ist in der derzeitigen Krise ohne Zweifel ein Segen. Die Stürme in der globalen Finanzwirtschaft hätten unter den mittelgroßen europäischen Staaten noch viel mehr Flurschaden angerichtet, als dies heute der Fall ist. Andererseits hat die Krise auch interne

Differenzen der EU zutage gebracht, die ein starkes gemeinsames Handeln verhindert haben. In der Weltwirtschaft wird die EU zwar als einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren wahrgenommen, doch fehlt ihr die machtpolitische Unterfütterung, diese Rolle auch in konkreten Einfluss umzusetzen. Dazu gehört auch, dass gerade in Asien die wichtigen Mitgliedsstaaten der EU als eigenständige Mächte mit eigenständigen Interessen auftreten. Man denke etwa an die unterschiedliche Attitüde Großbritanniens, Deutschlands und Frankreichs gegenüber der chinesischen Menschenrechts- oder Tibetpolitik.

Japan wird zwar von der derzeitigen Krise schwer gebeutelt, doch wird es diese als der Welt zweitgrößte Volkswirtschaft überstehen. Bei der Faszination über Chinas Wiederaufstieg wird vielfach vergessen, über welche gewaltige finanzielle Ressourcen Japan verfügt und dass es nach wie vor die innovativste Industriegesellschaft der Welt ist. Nicht ohne Grund hat die neue amerikanische Außenministerin Hillary Clinton als erste asiatische Kapitale Tokio und nicht Beijing besucht; nicht ohne Grund war der japanische Ministerpräsident Taro Aso der erste ausländische Regierungschef, der in Obamas Weißem Haus empfangen wurde! Doch Japan ist auch ein Beispiel dafür, dass große Finanzressourcen und Innovation allein noch keine Großmacht ausmachen. Zum einen hat sich Japan einer eigenständigen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik begeben, zum andern fehlt dem Land sowohl in militärischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht die für eine Großmacht nötige strategische und demografische Tiefe.

China befindet sich ohne Zweifel auf dem Weg, zur zweitgrößten Wirtschaftsmacht der Welt zu werden. Auch geopolitisch wird China in den zweiten Rang nach den USA aufrücken. Schon heute ist es die unbestrittene Vormacht in Asien. Die Volksrepublik China ist ohne Zweifel eine Weltmacht. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass sie kaum je den Status einer Supermacht erreichen wird. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Zunächst ist es natürlich die enorme Bevölkerung (1,3 Milliarden), die dafür sorgt, dass alle Probleme, die China hat, von enormen Dimensionen sind. Man denke an die Umweltzerstörung oder an die sozialen Herausforderungen. Zum zweiten ist auch die geografische Lage Chinas ein Handicap, was gerade im Vergleich mit den USA, deren Landgrenzen ein geringes Risiko darstellen und die an zwei Weltmeeren Anteil haben, deutlich wird.

Selbst wenn man im Kontext der Weltwirtschaft einmal von den sicherheits- und geopolitischen

Faktoren absehen würde, so muss, zumindest auf absehbare Zeit hinaus gelten, dass **China nicht reif ist, beispielsweise im Duopol mit den USA eine Führungsrolle in der Weltwirtschaft auszuüben.**

Wir haben bereits erwähnt, dass China keine frei wechselbare Währung hat, weshalb der Yuan Renminbi nicht die Rolle einer Reservewährung ausüben kann. Noch wichtiger ist aber, dass **China an großen politischen und sozialen Defiziten leidet.** Gerade in Krisenzeiten wird offenkundig, wie verletzlich das politische System der Volksrepublik ist. Hier gibt es keine Ventile, durch welche öffentliche Unzufriedenheit in einigermaßen geregelter Form abgelassen werden kann. In einer korrekten Bewertung der politischen Risiken, mit denen in der Volksrepublik zu rechnen ist, muss stets der Systemkollaps einbezogen werden.

Naturgemäß kann ein Land, bei dem der Systemkollaps ein realistisches Risiko ist, nicht die Rolle einer stabilen Führungsmacht in der Weltwirtschaft ausüben.

Bleiben die BRIC-Länder **Brasilien, Indien und Russland.** Alle drei haben das Zeug, regionale Vormächte zu sein und werden in ihrem Umfeld wichtige Führungsrollen zu spielen haben, die auch von weltwirtschaftlicher Relevanz sind. Russland in Osteuropa, Brasilien in Lateinamerika und Indien in Südasien. Doch in keinem dieser Fälle reichen die wirtschaftliche Potenz wie die sicherheits- und geopolitischen Assets für den Aufstieg zu einer Weltmacht.

Ist es für den Westen überhaupt wichtig, die Federführung in der Weltwirtschaft zu behalten?

Die Antwort auf diese Frage kann und muss heute anders ausfallen, als dies zur Zeit des Kalten Krieges der Fall gewesen wäre. Wir haben gesehen, dass asiatische Gesellschaften vor allem in kultureller Hinsicht andere Akzente setzen als westliche Gesellschaften. Auch haben wir die Fälle aufgelistet, da sich wichtige asiatische Volkswirtschaften nicht dem angelsächsisch geprägten Kapitalismus geöffnet haben.

Jenseits dieser Vorbehalte gilt es allerdings festzustellen, dass **die Asiaten wesentliche Werte wie Leistung, Profit, Wettbewerb und Freihandel, die zu den Fundamenten der Marktwirtschaft gehören, mit dem Westen teilen.**

Wenn also der Westen in der Weltwirtschaft die Federführung mit Asien teilen muss, so bedeutet dies nicht eine Selbstaufgabe der eigenen Werte.

Allerdings ist für eine erfolgreiche Kooperation zwischen den asiatischen und den westlichen Industriestaaten, die allein eine nachhaltige Überwindung der derzeitigen Krise gewährleisten kann, unerlässlich, dass sich der Westen offen zeigt und nicht so handelt, als ob jede Abkehr von seinen Machtprärogativen eine Konzession darstelle.

Für die Neugestaltung des Einflusses in der Weltwirtschaft wird folglich eine **gemeinsame Federführung zwischen dem Westen und Asien, namentlich China, Japan und Indien, anzustreben sein.** Dies bedeutet im Wesentlichen die folgenden Maßnahmen:

- o Ähnlich den Bretton Woods Institutionen, welche die Nachkriegsordnung bestimmten, müssen neue Formen der internationalen Kooperation gefunden werden. Dies kann einerseits durch eine Veränderung des Einflusses in den Bretton Woods Institutionen zugunsten von Asien geschehen, andererseits durch die Institutionalisierung neuer Foren wie der Gruppe der G-20.
- o Für den Westen gilt, dass er die Vorgaben für die Agenda und die Gestaltung der Weltwirtschaft nicht mehr alleine bestimmen kann, sondern dass er für die Umsetzung seiner Vorstellungen Alliierte insbesondere in Asien finden muss.
- o Es werden in Zukunft mit den asiatischen Mächten viel mehr Kompromisse gefunden werden müssen, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Dabei ist es erforderlich, dass der Westen sich genau im Klaren ist, was verhandelbar ist und was nicht. In diesem Kontext ist es wichtig, sich gewahr zu sein, dass es auf der Seite der westlichen Industriestaaten ebenso wie auf der asiatischen Seite eine Vielfalt von Interessen gibt, die zuweilen zu Kompromissen über bestehende Grenzen Anlass geben können und damit eine gefährliche Lagerbildung vermeiden helfen.
- o Eine sachliche Analyse der Interessenlage von Fall zu Fall wird zu wechselnden Interessenskoalitionen führen und damit Verhandlungen nicht nur schwieriger, sondern auch wechselseitig einträglicher werden lassen.

Vor diesem Hintergrund bietet sich folgendes Fazit:

1. **Die derzeitige Krise ist eine Zäsur in der Weltwirtschaft**, die langfristige und tiefgreifende Änderungen bei den Interessen- und Machtkonstellationen zwischen den wichtigsten Teilhabern, USA, EU und Asien, zur Folge haben wird. **Eine Rückkehr zu den Verhältnissen vor dem Ausbruch der Krise ist unmöglich.**
2. Der Westen hat die Federführung in der Weltwirtschaft verloren, doch wird sich dies nicht in einem dramatischen Paradigmenwechsel für die Fundamente, auf denen die Weltwirtschaft aufgebaut ist, auswirken. Die Hauptpfeiler (Freihandel, Marktwirtschaft, internationales Finanzsystem) werden auch nach der krisenbedingten Neuordnung der globalen Kräfteverhältnisse fortbestehen.
3. Es gibt erhebliche Interessenkonvergenzen zwischen dem Westen und Asien. Diese zu erkennen und produktiv zu nutzen, wird der Weltwirtschaft eine neue Dynamik verleihen können.
4. Die Aushandlung von Kompromissen wird in der Zukunft schwieriger, aber nicht unmöglich sein, vorausgesetzt der Westen steigt endgültig vom hohen Ross herab. Unter den gegebenen Umständen kann sich die asiatische Gewohnheit des Gesichtgebens auch für die westliche Handels- und Wirtschaftsdiplomatie als nützliche Verhaltensregel erweisen.

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe – bisher erschienen

HEFT 1 (1981)

Albert Kadan: Parteifinanzierung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland

Erich Reiter: Vorschläge zur Neuregelung der Parteifinanzierung in Österreich
(vergriffen)

HEFT 2 (1982)

Wilhelm Brauner: Staatsausgaben
(vergriffen)

HEFT 3 (1984)

Erich Reiter: Reform des Bundesrates
(vergriffen)

HEFT 4 (1984)

Eva Steindl: Die Fremdenverkehrsgesetze der Bundesländer
(vergriffen)

HEFT 5 (1985)

Erich Reiter (Hg.): Die friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der Vereinten Nationen. Der Beitrag der neutralen Staaten Europas
(vergriffen)

HEFT 6 (1985)

Heinz Vetschera: Die Rüstungsbeschränkung des österreichischen Staatsvertrages aus rechtlicher, politischer und militärischer Sicht
(vergriffen)

HEFT 7 (1986)

Lothar Höbelt: Die Bundespräsidentenwahlen in der Ersten und Zweiten Republik
(vergriffen)

HEFT 8 (1986)

Helmut Berger: Verfahrensökonomie zum Verfahren 1. Instanz nach AVG und BAO
(vergriffen)

HEFT 9 (1986)

Anton Pelinka: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der SPÖ

Manfried Welan: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der ÖVP

Erich Reiter: Fortschritts- und Wachstumsverständnis in Ideologie und Programmatik der FPÖ
(vergriffen)

HEFT 10 (1987)

Ulrike Leopold-Wildburger: Ökonomie und Ökologie im Test der Meinungen
(vergriffen)

HEFT 11 (1987)

Heinrich Schneider: Akzeptanzprobleme der österreichischen Landesverteidigung
(vergriffen)

HEFT 12 (1988)

Ulrike Leopold-Wildburger: Österreich am Weg nach Europa. Modelle – Stichproben – Methoden. Eine arbeitsökonomische Studie zum Meinungsbild der Österreicher

HEFT 13 (2006)

DIE ZUKUNFT EUROPAS

Franco Algieri: Zustand und Entwicklungsszenarien der EU im Lichte der Krise

Peter Schmidt: Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Herbert Scheibner: Friedensprojekt „EUropa“ vor neuen Herausforderungen

Erich Reiter: Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?

HEFT 14 (2006)

Waldemar Hummer: Zum weiteren Schicksal des Vertrages über eine Verfassung für Europa

HEFT 15 (2006)

STEUERPOLITIK

Ernst Gehmacher: Im Zyklus gefangen zwischen Wachstum und Krise

Erich E. Streissler: Steuerpolitik und Umverteilung

Oliver Ginthör: Steuergerechtigkeit aus Sicht der Steuerzahler

Herbert Scheibner: Überlegungen zur Steuerpolitik

HEFT 16 (2006)

KAMPF DER KULTUREN?

EUROPA UND DER ISLAM

Elsayed Elshahed: Zwischen Menschenrechten und Menschenwürde. Einige Gedanken zur Rezeptionsproblematik der Meinungsfreiheit

Hans Winkler: Toleranz ist keine Einbahnstraße

Herbert Scheibner: Ist ein „Kampf der Kulturen“ vermeidbar?

Erich Reiter: Integration und/oder Kulturkampf

KINDER UND GEWALT: OPFER UND TÄTER

Herbert Scheibner: Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

Katharina Beclin: Erfordert die Entwicklung der Kriminalität Unmündiger neue Antworten?

Karin Gastinger: Ein politisches Statement zum Thema Kinder und Gewalt

Gabriele Zierung: Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

Astrid v. Friesen: Kinder und Gewalt. Opfer und Täter

HEFT 17 (2006)

BEGLEITHEFT ZUR AUSSTELUNG

LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH

Manfried Welan: Unwissenheit als Grund von Freiheit und Toleranz. Drei Weisungen aus dem alten Österreich: Friedrich August von Hayek, Karl Raimund Popper, Hans Kelsen

Lothar Höbelt: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

Walter M. Iber, Erich Reiter: Die Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens. Programmatische Positionen der politischen Parteien seit 1945

Alfred Gerstl: Der verspätete Liberalismus im Österreich nach 1945. Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen

Walter M. Iber: Der „Raab-Kamitz-Kurs“: Liberale Wirtschaftspolitik?

Friedhelm Frischenschlager, Erich Reiter: Teilweise überarbeitete Auszüge aus: Liberalismus in Europa

Anhang: Wirtschaftspolitische Positionen der österreichischen Parteien seit 1945: ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und die Grünen

HEFT 18 (2006)

VOM LIBERALEN ZUM SOZIALEN STAAT

Erich Reiter: Einbegleitung: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

Manfried Welan: Liberales im Verfassungsrecht des Bundes

Urs Schöttli: Vom liberalen zum sozialen Staat. Eine ostasiatische Perspektive

Andreas Unterberger: Bürgerlich: Was ist das?

Gunther Tichy: Die neue Unsicherheit

Ernst Gehmacher: Die Gesellschaftsordnung des Erfolges. Der liberale Sozialstaat

Wolfgang Neumann: Welche Zukunft für den Sozialstaat? Europäischer und internationaler Vergleich

Jörg Schütze: Mittelstandsförderung und

Fremdkapitalbedarf. Basel II und die Folgen

Werner Pleschberger: Generationenvertrag – (noch) sozial gerecht?

HEFT 19 (2006)

DER LANGSAME WEG ZU EINER

EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK

Lothar Rühl: Entwicklung und Möglichkeiten der ESVP

Reinhardt Rummel: Das Ende des Provinzialismus? Europäische und transatlantische Perspektiven der ESVP

Erich Reiter: Europas Sicherheitspolitik nimmt nur sehr langsam Gestalt an

Heinz Gärtner: Die Zukunft europäischer Armeen: Traditionalisten und Modernisierer. Woran orientiert sich Österreich?

Günter Hochauer: Verteidigungspolitische Erfordernisse. Konsequenzen aus dem stagnierenden Prozess einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Erich Eder: Miliz – Zukunftsträchtig für moderne Streitkräfte? Die Nationalgarde in den Vereinigten Staaten von Amerika

Helge Lerider: Die Türkei und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

HEFT 20 (2007)

DIE GENERATIONENFRAGE

AUS LIBERALER PERSPEKTIVE

Wolfgang Mazal: Brauchen wir einen neuen Generationenvertrag?

Urs Schoettli: Die alternde Gesellschaft. Eine zentrale Herausforderung an die liberale Politik

Werner Pleschberger: Perspektiven des Generationenvertrages. Realistische Solidaritätskultur, neue Rechtsnormen und Institutionen

Thomas Neumann: Der Nachhaltigkeitsfaktor. Ein Instrument zur Generationengerechtigkeit im österreichischen Pensionssystem

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Spurensuche nach den großen Problemen

HEFT 21 (2007)

Schwerpunkt:

FÖDERALISMUS ALS GESTALTUNGSPRINZIP

Franz Fiedler: Föderalismus als Gestaltungsprinzip

Peter Bußjäger: Streiflichter zum österreichischen Föderalismus

Gerhart Wielinger: Legenden, Glaubenssätze und die österreichische Wirklichkeit. Bemerkungen eines langjährig praktizierenden Föderalisten

Günter Voith: Schein und Sein im österreichischen Föderalismus

Martin Malek: *Russlands „Energieaußenpolitik“ und der Südkaukasus.* Geopolitik, „frozen conflicts“ und europäische Abhängigkeiten

HEFT 22 (2007)

Schwerpunkt:

GENFORSCHUNG, GENTECHNIK UND GENMEDIZIN

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Statt eines Vorwortes: Genforschung verliert Schrecken.

Ergebnisse einer IMAS-Umfrage im Auftrag des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien

Michael Stormann: Genmedizin in Europa

Clemens Leitgeb: Genmedizin in der Onkologie

Wolfgang Schallenberg: „Genmedizin“. Gentechnik in der Medizin aus wirtschaftlicher Sicht

Iris Kempe: Die europäisch-russischen Beziehungen und die *Russlandpolitik der EU*

HEFT 23 (2007)

LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH.

Ein Nachheft zur Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29.

September 2006. Liberale Politik in Österreich.

Eine Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006 in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes in Wien

Erich Reiter: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

Lothar Höbelt: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

HEFT 24 (2008)

KLIMAWANDEL UND ATOMENERGIE

Erich Reiter: Einführung in die Thematik Klimawandel, Schadstoffenergie und Atomenergie

Helmut Stubner: CO₂-Emissionszertifikatehandel – ein liberaler Standpunkt

Volkmar Lauber: Kyoto-Protokoll, Emissionshandel und Energiewende

Stefan Pickl: Der internationale Emissionszertifikatehandel im Spannungsfeld von ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen

Dieter Drexel: Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls

Erich Gornik: Klimaschutz und Kernenergie

HEFT 25 (2008)

Schwerpunkt:

ÜBERLEGUNGEN ZUR NEUTRALITÄT

Erhard Busek: Neutralität Österreichs – Herz oder Museumsstück

Heinz Gärtner: Eine moderne Neutralität ist flexibel

Erich Reiter: Neutralität als österreichische Ideologie

Gottlieb F. Hoepfli: Neutralität in der Schweiz

Peter W. Schulze: Elf Thesen *zur russischen Innen- und Außenpolitik* am Ende der zweiten Amtsperiode Putins

Günther Ofner: Die *EU als Energiemanager*

HEFT 26 (2008)

Schwerpunkt:

ASIEN UND DIE AUßENPOLITIK DER EU

Urs Schoettli: Chinas Rückkehr auf die Weltbühne

Gustav C. Gressel: „Brothers in Evil“ oder „Apfel und Birne“: Übersicht über die Menschenrechtsverletzungen, Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite in der Volksrepublik China und Burma

Franco Algieri: Die Zentralasienpolitik der Europäischen Union: Interessen und Konflikte

Eugene Kogan: Die Beziehungen *Israels* zur *NATO*

HEFT 27 (2008)

Schwerpunkt:

GEORGIENKONFLIKT

Gustav C. Gressel: Der Krieg im Kaukasus vom 07.08.2008 bis 14.08.2008

Aschot Manutscharjan: Georgien suchte Krieg mit Russland

Eugene Kogan: The Russian-Georgian Conflict: An Assessment

Peter Schmidt: Der Georgische Knoten – Mögliche Beiträge der EU zur Beilegung des Konflikts

Gerhard Will: Permanenter Ausnahmezustand

Birmas leidvoller Weg ins 21. Jahrhundert

Gudrun Harrer: Zur Rolle von Stammesstrukturen in Konfliktlagen: Das Beispiel **Irak** und die US-amerikanische „Using the Sheikhs“-Politik

HEFT 28 (2009)

Schwerpunkt:

Hat die Marktwirtschaft Zukunft?

Gerald Schöpfer: Ist die freie Marktwirtschaft zum Untergang verurteilt?

Erhard Fürst: Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise: Marktversagen? Staatsversagen?

Helmut Kern: Hat die Marktwirtschaft noch Zukunft? – Staatliche Regulierung löst die Probleme nicht

Bernhard Martin: Entwicklungschancen für Politischen Liberalismus in Österreich in Folge der weltweiten Finanzkrise. Eine makrosoziologische Diagnose

Rainer E. Schütz: Hat die Marktwirtschaft eine Zukunft?

Walter Schragel: Schadenersatz für behindertes Kind?

Henriette Riegler: Der Staat Kosovo – wirklich ein Projekt Europäischer Sicherheit?

HEFT 29 (2009)

Ostasien – Geostrategischer Schwerpunkt der Welt

Urs Schöttli: Brennpunkte in Ostasien – Sicherheitspolitische Herausforderungen

Gudrun Wacker: Auf der Suche nach Harmonie: China als regionaler und globaler Akteur

Rudolf Logothetti: Die Rolle der USA in Ostasien – eine europäische Sicht

Eugene Kogan: The Russian-Chinese Disconnect in the Defence Industry Field

Sebastian Harnisch: The Korean Conundrum: Moderating Expectations and Containing Nuclear Extortion

Urs Schöttli: Japans Rolle in Ostasien und in der Welt

Yuan-hsiung Chen: The Security Situation of the Republic of China

Chong-pin Lin: Melting the Ice: Beijing's Emerging Taiwan Policy

Bill Keh-ming Chen: The Role and Influence of the United States in East Asia

Gustav C. Gressel: Anmerkungen zu den politischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Taiwan

HEFT 30 (2009)

Überlegungen zu Staatsreform und Europapolitik

Heimo Hofmeister: Staat und Individuum

Christian Stadler: Österreichische Staats- und Verwaltungsreform aus liberaler Perspektive

Roland Vaubel: Nie sollst Du mich befragen?

Weshalb Referenden in bestimmten Politikbereichen – auch in der Europapolitik – möglich sein sollten.

Bücher

Johann Frank

Perspektiven der europäischen militärischen Integration

– Entwicklungsszenarien und Konsequenzen für Österreich –

Verlag: Ing. Harald Kurz 95 Seiten ISBN 978-3-9501854-9-2

Schriftenreihe zur internationalen Politik

Band 1

Erich Reiter (Hg.)

Die Sezessionskonflikte in Georgien

mit Beiträgen von:

Klaus Becher – Gustav C. Gressel – Egbert Jahn – Jörg Himmelreich

Iris Kempe – Eugene Kogan – Aschot Manutscharjan – Jürgen Schmidt

Peter Schmidt – Peter W. Schulze – Andrei Zagorski

Verlag: böhlau 330 Seiten ISBN 978-3-205-78325-1

Band 2

Erich Reiter (Hg.)

Der Krieg um Bergkarabach – Krisen- und Konfliktmanagement in der Kaukasusregion

mit Beiträgen von:

Meliha Benli Altunisik – Aser Babajew – Uwe Halbach – Egbert Jahn –

Eugene Kogan – Helge Lerider – Aschot Manutscharjan – Erich Reiter –

Peter W. Schulze – Oktay F. Tannrisever – Andrei Zagorski

Verlag: böhlau 280 Seiten ISBN 978-3-205-78404-3

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe

Reihe Studien

Klaus Becher	Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien	September 2007
Erich Reiter	Die Einstellung der Österreicher zu der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur EU; Bewertung der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage vom April 2007 und anderer Erhebungen	Oktober 2007
Peter W. Schulze	Energiesicherheit – ein Europäischer Traum. Russland als Energiemacht	Oktober 2007
Heinz Gärtner	Die Zukunft der Rüstungskontrolle	November 2007
Klaus Becher	Ziel und Zweck der US-Raketenabwehr und die europäische Interessenslage	Dezember 2007
Andrei Zagorski	Die Kontroverse über amerikanische Raketenabwehr in Europa: Lösungsversuche in der Sackgasse?	Dezember 2007
Egbert Jahn	Optionen für die Politik der EU gegenüber Georgien und den De-facto-Staaten Abchasien und Südossetien	Dezember 2007
Erich Reiter	Die Einstellung der Österreicher zu Kernenergie, Klimawandel und Genforschung Auswertung u. Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Jänner 2008
Erich Reiter	Bewältigung sozialer Probleme und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit – Details einer Studie über „politische Denkmuster“ der Österreicher	Jänner 2008
Erich Reiter	Meinungsfreiheit – Details einer Studie über „Meinungsfreiheit in Österreich“	Februar 2008
Peter W. Schulze	Zieloptionen russischer GUS-Politik: Geopolitische Neuordnung des Sicherheits- und Kooperationsraumes oder vernachlässigte Konfliktzone?	März 2008
Oliver Ginhör Martin Haselberger Sandra Schreiblehner	Die steuerliche Entlastung des Mittelstandes zwecks besserer Vorsorgemöglichkeiten	März 2008
Stefan Pickl	Investitionsverhalten in internationalen Emissionshandelssystemen Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls	April 2008
Eugene Kogan	Sicherheitspolitik im Nahen Osten Israels Lehren aus dem Libanonkrieg – Russlands Rolle im Nahen Osten	Juni 2008
Urs Schöttli	China: Was hat sich seit 1976 ereignet?	August 2008
Hannes Adomeit Peter W. Schulze Andrei Zagorski	Russland, die EU und „Zwischeneuropa“ Drei Studien	Oktober 2008
Eugene Kogan	Military and Energy – Security Situation Around the Black Sea Area	November 2008
Gudrun Harrer	Souveränität und Nachkriegszeit: Der Irak nach dem Abschluss des Status of Forces Agreement mit den USA	Jänner 2009
Uwe Halbach Peter W. Schulze Andrei Zagorski Eugene Kogan	Machtpoker am Kaukasus Nachlese zum „Fünf-Tage-Krieg“ in Georgien im Sommer 2008 Vier Studien	Februar 2009
Peter W. Schulze Andrei Zagorski	Russische und europäische Energiepolitik im Zeichen der globalen Krise Die strategische Orientierung Russlands zu Europa?	Mai 2009
Hüseyin Bağcı	Changing Geopolitics and Turkish Foreign Policy	Juni 2009
Gerhart Wielinger	Überlegungen zum Thema Gestaltung der Verfassung im Hinblick auf die Sicherung einer rechtsstaatlichen und sparsamen Bewältigung von Staatsaufgaben	Juli 2009
Urs Schöttli	Wird der Westen auch weiterhin die Vorgaben für die künftige Gestaltung der Weltwirtschaft geben können?	August 2009

Österreichische Post AG /
Sponsoring Post
Verlagspostamt 1010 Wien
GZ: 06Z037014 S
IILP – ZVR Zahl 425665530

ISBN 978-3-902595-31-7

Das Internationale Institut für Liberale Politik Wien (IILP) wurde im Herbst 2005 gegründet und bezweckt die Förderung liberaler Politik, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, internationalen Beziehungen, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie hinsichtlich aktueller Fragen der österreichischen Politik.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und pro-europäischer Think-Tank für Österreich. Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen.

Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

www.iilp.at



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Gesamtherstellung: Offsetdruck Ing. H. Kurz GmbH, Industriepark 2, A-8682 Mürzzuschlag/Hönigsberg